

Abonnementspreis
vierteljährlich mit „Mittwochsonntagblatt“ bei den Abzählern
1,40 Mk., in den Ausgabestellen 1,20 Mk.,
beim Postbezug 1,50 Mk., mit Postbefreiung 1,95 Mk.



Insertions-Gebühr
für die 4 gespaltene Spalten oder deren Raum 13/16 Pfg., für Private
in Merseburg und Umgegend 10 Pfg.
Für periodische und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung
nach Vereinbarung. Complizierter Satz wird entsprechend höher berechnet.
Notizen und Reclamen außerhalb des Inseratenpreises 30 Pfg.
Beilagen nach Vereinbarung.
Sämmtliche Annoncen-Bureau nehmen Inserate entgegen.

Das „Merseburger Kreisblatt“
erscheint täglich
Nachmittags 4 Uhr mit
Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Merseburger Kreisblatt.

Anzeigen-Annahme
für die Tagesnummer
bis 9 Uhr Vormittags, größere
Anzeigen werden möglichst
tags zuvor erbeten.

Tageblatt für Stadt und Land.

(Amtliches Organ der Merseburger Kreis-Verwaltung.)

Ermittlung des Ernteertrages für das Jahr 1892.

In der zweiten Hälfte des Monats Februar 1893 soll in Gemäßheit des Bundesratsbeschlusses vom 24. April 1882 wiederum eine allgemeine Ermittlung des Ernteertrages im Deutschen Reich stattfinden.

Die Ermittlung, welche sich auf das Jahr 1892 bezieht, hat den Zweck durch direkte Umfrage möglichst zuverlässige Angaben über die wirklich geerntete Menge an Bodenprodukten zu gewinnen. In Preußen wird mit derselben gleichzeitig eine Bodenprobe über den durch Jagdgeschloß verursachten Ernteschaden verbunden werden.

Die Vorbereitung und technische Leitung der hierzu erforderlichen Arbeiten erfolgt durch das königliche Statistische Bureau in Berlin, die tatsächliche Ermittlung des Ernteertrages r. aber, in den Landgemeinden des Reichs (Communal-) Behörden, in den selbstständigen Guts- und Forstbezirken den Besitzern oder deren Vertretern o.

In dem im bezüglich des Wissens und der Bedeutung der Erntestatistik auf die im Regierungs-Anhaltsblatt von 1878 Seite 139 veröffentlichte, Ansprache des königlichen Statistischen Bureaus an die landwirtschaftliche Bevölkerung" hinweist, spreche ich die Erwartung aus, daß die Ortsbehörden der in Rede stehenden Erhebung ihr besonderes Interesse zuwenden und die ihnen durch die Kreisbehörden im letzten Februar zugehenden Formulare mit Sorgfalt ausfüllen, daß sie aber auch zur Erlangung von der Wirklichkeit möglichst nahekommenen Resultaten der freiwilligen und thatkräftigen Mitwirkung der Mitglieder landwirtschaftlicher Vereine, angesehener Landwirthe und anderer sachverständiger Ortsbewohner nicht entbehren werden.

Merseburg, den 31. December 1892.

Der königliche Regierungs-Präsident. J. S. von Vötticher.

Stadtverordneten-Sitzung.

Montag, den 16. Januar 1893, Abends 8 Uhr.

Tages-Ordnung.

- 1. Feststellung der kleineren Etat. — 2. Abgrenzung des städtischen Eigentums am Gott-harbtsteich. — 3. Einführung der mitteleuropäischen Zeit. — 4. Bewilligung eines Ausgabebudgets für Titel XI. B. 4. — 5. Rollen der Weingachtsversicherung des Raudenhorst. — 6. Bericht zur Schließ-Ausstellung.

Merseburg, den 11. Januar 1893.

Der Vorsitz der Stadtverordneten. Witte.

Merseburg, den 12. Januar 1893.

Der Druck der Militärausgaben.

SC. Es muß nachdrücklich angenommen werden, daß alle militärisch-politischen Gründe nur für die Militärvorlage sprechen; denn in den Vätern, die sich gegen sie erklären, wird auf militärisch-politische Gründe gänzlich verzichtet und Alles auf die Hauptfrage gestellt: Deutschland steht auf der Grenze seiner Leistungsfähigkeit, es kann keine finanzielle Opfer nicht mehr bringen! Man beschließt sich also mit einer außerordentlichen Ueberstreckung unserer Armut und läßt Kriegesgefahren Kriegesgefahren sein.

Schon früher hat der Nationalökonom Richard von Kaufmann Berechnungen über den Druck der Militärausgaben in den verschiedenen Ländern angeestellt. Diese sorgfältige Arbeit ist jetzt in zwei Artikeln der „Köln. Ztg.“ fortgesetzt und so folgenden höchst beachtenswerten Ergebnissen geföhrt worden:

Die Landesverteidigungsausgaben betragen 1892/93 im Verhältnis zu den Gesamtausgaben in England 36,9 pSt., in Rußland 28,7 pSt., in Frankreich 27,1 pSt., in Italien 22,4 pSt., in Deutschland (Preußen) 17,8 pSt., in Oesterreich-Ungarn 17,6 pSt.

Nun hat aber die Riffer der Staatsausgaben unter dem Gesichtspunkte des Drucks, mit dem sie auf den einzelnen Staatsbürger laffen, in den verschiedenen Ländern eine ganz verschiedene Bedeutung. In dem einen Lande hilt ein großer Domänenbesitz im weitesten Sinne des Wortes an der Ausbringung der Staatsausgaben und also auch der Militärauf, während in dem andern fast Alles durch Steuern aufgebracht werden muß. Wir ergänzen daher das oben gemommene Bild durch eine zweite Tabelle, welche ergibt, wieviel Prozent der Gesamtausgabe in den einzelnen Ländern durch Steuern aufgebracht werden, und da finden wir, daß durch Steuern von den Gesamtausgaben 1892/93 aufgebracht wurden: in England 82,8 pSt., in Italien 80,0 pSt., in Frankreich 74,6 pSt., in Oesterreich-Ungarn 64,8 pSt., in Rußland 58,6 pSt. in Deutschland (Preußen) 26,6 pSt.

Der Anteil des Budgets, der durch Steuern aufzubringen ist, beträgt also bei uns nur etwa ein Drittel soviel wie in England, Italien oder Frankreich, nur die Hälfte wie in Oesterreich-Ungarn oder Rußland.

freidigt bleiben; aber es ist doch an dem, was bisher dafür ausgegeben ist, nichts verloren. Beim Seere dagegen kann leicht Alles vergeblich ausgegeben, alles bisher Geleistete vergebet sein, wenn es schließlich seinen Zweck verfehlt und die Landesverteidigung nicht gelingt.

Politische Nachrichten. Deutsches Reich.

* Vom Kaiserhofe. Unser Kaiser ist in Karlsruhe eingetroffen und dort sehr herzlich empfangen worden. Der Kaiser trug mehrere Wünsche ab und nahm einige sehr wichtige in Angenommen. Am Abend fand Galafel statt und nach herrlichem Abschied erfolgte die Abreise nach Berlin. — Das Krönungs- und Ordensfest wird am kommenden Sonntag im Berliner Schloße stattfinden. Der Fier geht ein Gottesdienst voraus. Am Nachmittage findet im Weißen Saale Galafel statt.

— König Karl von Rumänien bleibt bis Sonnabend in Sigmaringen und läßt dann nach Reuwid zu seiner Gemahlin, deren Reize nach Wallonsa zweifelhaft geworden ist.

— Die Reize des Großfürsten-Thronfolgers von Rußland nach Berlin ist auf den 21. Januar festgesetzt worden. Ein großer Hofstaat wird den Thronfolger begleiten.

Der Aufenthalt in Berlin ist angeblich auf sehr lange Zeit festgesetzt. Die Theilnahme des Großfürsten-Thronfolgers an den Berliner Gesellschaften hat natürlich keine politische Bedeutung. Der Großfürst erscheint in seiner Eigenschaft als Verwandter der Familie. Immerhin zeigt der Besuch, daß der Kaiser Alexander die äußeren Familienbeziehungen zwischen Berlin und Peter sburg nicht geschwächt sehen will, und das wird doch ins Gewicht fallen — für Paris, wo die Franzosen durch den Panamasandal, der immer weitere Kreise zieht, schon so wie so recht arg bedrückt sind.

Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Gehlert hatte bekanntlich vor einigen Tagen eine offene Erklärung in der „Post“ veröffentlicht, worin er sich zu Gunsten der Militärvorlage aussprach. Wie nun das genannte Blatt mittheilt, hat der Kaiser seine Zustimmung zu der Rundgebung durch ein an Herrn Gehlert gerichtetes sehr halbdolles Telegramm ausgeprochen.

Der Reichstagsler Graf Caprivi hat der Budgetcommission des Reichstages eine Ueberlicht über die Kosten des Reichstagsbaues gegeben lassen, deren Gesamtbetrag 21.100.000 Mark ausmacht.

Wie die Nat.-Ztg. wissen will, schießt der neue preussische Staatshaushalt mit einem Defizit von 58 Millionen ab.

Der Welfensonds-Schwindel will noch immer nicht zur Ruhe kommen. Die durch die Documenten-Veröffentlichung blosgestellten Hauptmann Miller und Ernst Lange behaupten in einer Instruktion an die Frankfurter Zeitung, sie hätten ihren hohen Berliner Gewährsmann, dem sie ihr Material verdanken, nicht nennen, da sie ihr Ehrenwort geben, dessen Namen geheim zu halten. Sie wollen aber einem angesehenen (kaiserlichen) Parlamentarier die Sache unterbreiten. Beide Herren behaupten auch, die Enthaltungen wirklich vorzuziehen zu haben, und wissen nicht, wie der Berliner „Vorwärts“, der die Enthaltungen dann veröffentlichte, zu dem Vergehlich gekommen ist. Hierauf wird wohl eine neue Antwort erfolgen.

Wir den Parlamenten in Berlin haben auch deren Commissionen ihre Arbeiten von Neuem aufgenommen. Am Mittwoch Abend hielt die Reichstagscommission zur Specialberathung der Militärvorlage ihre erste Sitzung ab. Sie wird zunächst in eine Durchberathung des Entwurfs des nach der Annahme der Militärvorlage selbst erforderlichen Reichstagsrats eintreten, um eine finanzielle Uebersicht der einzelnen Theile der Vorlage und die Verwendung der geforderten 64 Millionen genau erkennen zu können. Die gesammten Verhandlungen werden zweifellos über die Wochen in Anspruch nehmen. — Auch die Steuercommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat sich ihrem schwierigen

Werke wieder zugewendet. An die Fertigstellung der gesammten Entwürfe der Steuerreform ist vor Mitte Februar zu denken. — Der von uns gleich bezifferte angelegte Plan der Reichsregierung, dieselbe im Falle der Ablehnung der neuen Steuervorlagen durch den Reichstag ein Monopol in Vorschlag bringen, wird jetzt auch offiziell für unbegründet erklärt. — Die Verammlung zur Gründung der sog. Nationalpartei soll angeblich am kommenden Sonntag in Berlin stattfinden. — Mit der Einführung des Systems der Dienstalterszulagen an den höheren preussischen Unterrichtsbeamten ist für die Lehrer die Feststellung des Tages ihrer endgültigen Anstellung von höherer Wichtigkeit geworden. Um nun bezüglich dieser Anstellung an den staatlichen oder unter staatlicher Verwaltung stehenden Anhalten ein gleichmäßiges Verfahren für alle Provinzen zu sichern, hat der Kultusminister verschiedene Grundzüge zur Beachtung für die Provinzialparlamenten aufgestellt. — Dem Reichstage sind jezt die schon bekannten Anträge der Centrumpartei betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften, betr. Änderung der Concursordnung und Einschränkung des Pausierergewinns zugegangen. — Das im preussischen Abgeordnetenhause zur Wiederaufnahme der Sitzungen desselben eingegangene neue Wahlgesetz findet bei der Mehrheit des Hauses eine nicht unangenehme Ausnahme. Es wird wohl mit einigen Änderungen angenommen werden. Von liberaler Seite werden Anträge auf Einführung des allgemeinen Wahlrechtes auch in Preußen gestellt werden. Jedoch ist bei der Stimmung im Hause nicht an die Annahme zu denken. Mit der Zustimmung zum neuen Wahlgesetz erscheint auch die Annahme der Steuervorlagen, welche vielfach von der Föhlung des Wahlgesetzes abhängig gemacht worden war, gesichert.

Im preussischen Abgeordnetenhause sollen vorläufig die Plenarsitzungen ohne oder nur mit geringer Unterbrechung stattfinden. Zunächst wird heute, Donnerstag die Einbringung des Staatshaushalts für 1893/94 durch den Finanzminister erfolgen. Am Freitag soll die erste Lesung des Wahlgesetzes folgen. Der Wan, den gesammten Staatshaushalt an die Budget-Commission zu übermitteln, ist endgültig aufgegeben und die zweite Lesung des Etats, soweit er dem Plenum überwiegen wird, soll schon in der ersten Hälfte der nächsten Woche beginnen. Man beabsichtigt, die Verhandlungen nicht zu lange währen zu lassen, um den Commissionen für ihre Arbeiten den vollen Abend zu gönnen. — Im Bundesrathe haben die Ausschüsse ihre Thätigkeit aufgenommen. Wie man hört, wird sich der Bundesrat in eingehender Weise mit der geschichtlichen Behandlung seiner als „geheim“ bezeichneten Drucksachen zu beschäftigen haben. Es heißt, es seien darüber ganz bestimmte Normativ-Vorschriften geplant, über die ein Beschluß gefaßt werden solle. In nächster Zeit wird sich auch der Bundesrat mit der Besetzung einer Ratsestelle beim Reichsgericht zu beschäftigen haben, worüber man die Vorschläge des Ausschusses für Zustimmung ernennt. — Zur Bergarbeiterbewegung. Zu einem allgemeinen Streik wird es auch im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier nicht kommen, so viel scheint heute schon sicher zu sein. Trotz mehrerer Streikbeschläffen hatten am Mittwoch von etwa 140.000 Bergleuten nur rund 12.000 die Arbeit niedergelegt. Streik kein völliger Umschwung ein, so ist der Ausstand nicht zu halten. Die Erklärung der Streikverweigerungen, gegen die Strafen alle geschlichen Streikbestimmungen in Anwendung zu bringen, haben großen Eindruck gemacht. Die Kohlenreviere gehen aber doch herrlich in die Höhe und sind Erleichterungen für die Zukunft von ausländischen Kriegeren beim preussischen Finanzminister beantragt. — In Waargel, wo am Sonnabend die Sprengung des Eisenbahngleises stattfand, ist in der Nacht zum Mittwoch ein Haus durch Dynamit beschädigt worden. — Im Saargebiet nimmt die Zahl der arbeitenden Bergleute stetig zu,

